

**Organisationskomitee von Vertretern der 26 Kantone  
„Einstehen für die Bundesverfassung auf dem Rütli“  
Isabelle Goumaz Burka, Werner Boxler und Uwe Burka  
La Vulpillièrre 10  
1070 Puidoux**

**Puidoux, 8. Juli 2020**

**EINSCHREIBEN**

An die  
Schweizerische Bundeskanzlei  
Bundeshaus West  
3003 Bern

**Stellungnahme zur Vernehmlassung zum Covid-19-Gesetz**

Sehr geehrte Präsidentin des Nationalrats Frau Moret  
Sehr geehrter Präsident des Ständerats Herr Stöckli  
Sehr geehrter Herr Bundeskanzler Thurnherr  
Sehr geehrte Parlamentarier\*innen  
Sehr geehrte Bundesrät\*innen

Der Bundesrat versucht in einem Eilverfahren, am Volk vorbei, ein dringliches Bundesgesetz zum Schutz der öffentlichen Gesundheit vor COVID-19 einzuführen. Dagegen wehren wir uns mit Nachdruck und nennen hiermit unsere Gründe.

Die Kürze der Vernehmlassung hat es uns nicht möglich gemacht, dieses Schreiben noch einmal mit einem Fachanwalt auf Stil- und Verfahrensfehler prüfen zu lassen. Falls uns solche Fehler unterlaufen sind, bitten wir sie dennoch, unsere Einwände voll zu berücksichtigen.

Neben unserer Gruppe, die mit Vertretern von allen 26 Kantonen an Pfingsten auf der Rütli-Wiese gelobte, für die volle Wiederherstellung der Bundesverfassung einzustehen\*, gibt es zahlreiche Menschen und Gruppierungen, die ebenfalls mit grosser Sorge auf die unverhältnismässige Aushebelung der Bundesverfassung schauen und dies anprangern. Darunter sind viele Ärzte, Juristen, Lehrer, Psychologen, Journalisten, Geschäftsleute, Künstler usw. Auf die vielen Einwände dieser Menschen und Gruppierungen wurde einfach nicht reagiert oder nur sehr diffamierend über sie berichtet.

Der Bundesrat entzieht sich bei Annahme des Gesetzes weiterhin demokratischen Kontrollen und kann per Verordnung weiter unser Leben bis in höchstpersönliche Angelegenheiten willkürlich bestimmen. Das können wir nicht zulassen. Das widerspricht unserer Bundesverfassung. Zugleich setzt er sich dem Vorwurf aus, seine Entscheidungen nicht bzw. nur teilweise demokratisch legitimieren zu können.

Die Anordnungen und massiven Persönlichkeitsbeschränkungen entbehren jeglicher Verhältnismässigkeit. Wenn auch die ersten Massnahmen im März noch nachvollziehbar waren, so musste dem Bundesrat schon im April klar gewesen sein, dass die Einschränkungen unverhältnismässig waren. Die offiziellen Zahlen von COVID-Todesfällen waren viel niedriger, als vorher angekündigt und nahmen auch von Tag zu Tag ab. Auch wusste man im April schon, dass die Menschen meistens «mit» und nicht «an» COVID 19 gestorben sind. Die offiziellen Todeszahlen wurden aber leider nicht nach unten korrigiert. So wurde die Angst in der Bevölkerung hochgehalten und die einschränkenden Massnahmen wurden weiterhin mit der «Gefährlichkeit von COVID 19» gerechtfertigt. Ein offener Brief von 131 Ärzten an den

Bundesrat vom 14.04.2020 mit vielen praktischen Anregungen, wie der Lockdown gestoppt werden könne, blieb unbeantwortet. (Siehe Anhang). Warum nur diese Eigenmächtigkeit des Bundesrates?

Die Rolle der offiziellen Medien, die eigentliche 4. Gewalt im Staat, enthielt sich jeglicher kritischen Haltung dem Bundesrat gegenüber. Im Gegenteil, durch einseitige Sensationsberichterstattung, oft mit dramatischen Bildern, die nicht von den vermeintlichen Krisenorten stammten, heizten sie die Lockdown-Stimmung in der Bevölkerung, im Bundesrat und der Polizei noch weiter an. Aufklärende andersdenkende Fachleute wurden einfach todgeschwiegen oder mit Worten wie „Verschwörungstheoretiker“, „Chaoten“ oder „Rechte“ abgestempelt. Die gleichen Diffamierungen erfahren hunderte von alternativen Medien, die von anderen Erkenntnissen berichten. Nun werden die offiziellen, einseitigen „Hofberichtersteller“ Medien auch noch massiv mit unseren Steuergeldern subventioniert.

Wie „unverhältnismässig“ die angeblich lebensschützenden Massnahmen waren und sind, zeigt sich nun an den Nebeneffekten: unbesuchte Arztpraxen und Kliniken, was die Nichtbehandlung und damit frühere Todesfälle von vielen kranken Menschen zur Folge hat. Eingesperrte ältere Menschen, denen menschlicher Kontakt und therapeutische und ärztliche Hilfe fehlt und dadurch depressiv werden und suizidgefährdet sind. Eine Ärztegruppe aus der Mittelschweiz wies den Bundesrat und das Bundesamt für Gesundheit in mehreren Briefen darauf hin und verlangte eine Aufhebung des Lockdowns. (Siehe Anhänge). Auch andere soziale, bildende, kulturelle und wirtschaftliche Bereiche leiden massiv unter dieser einseitigen Politik.

Die Stimmen, die diesen Zustand beibehalten wollen, werden in der Politik, den „Hofmedien“ und der Pharmaindustrie immer lauter. Man behauptet, dass erst ein Impfstoff alles wieder in Ordnung bringen kann. Das neue dringliche Bundesgesetz würde dem Bundesrat sogar die Anordnung von Impfwängen erlauben. Indirekt wäre auch ein ausgefülltes Impfheft für gewisse Berufe und Auslandsreisen ein Impfwang. Zusätzlich sollen die Genehmigungen für diese Impfstoffe nun im Schnellgang erteilt werden. Schon heute gibt es sehr viele Impfgeschädigte. Wie soll es erst mit diesen nicht richtig getesteten Stoffen sein, zumal sie mit genmanipulierten tierischen Eiweissen hergestellt werden, die auch unser Erbgut verändern können? Unser Grundrecht auf körperliche Unversehrtheit gemäß Art. 10 der Bundesverfassung ist damit total ausgehebelt!

Die „zweite Welle“ soll nun all diese Massnahmen rechtfertigen. Die enorm gestiegenen Tests in der Bevölkerung weisen allein schon wegen der grossen Anzahl etwas mehr „Positive“ auf. Es gibt eine hohe Fehlerquote, die auch bei Nichtinfizierten „positiv“ anzeigen. Warum werden nicht einfach die Kranken oder Toten gezählt? Diese gibt es nun nur noch sehr selten! Diese COVID 19 Epidemie ist hier vorbei. Es gibt keine zweite Welle! Es gibt keinen Grund die Massnahmen fortzuführen! Es gibt keinen Grund den Impfstoff gegen COVID 19 weiter zu entwickeln! Es gibt keinen Grund, dem Bundesrat die weitgehenden Kompetenzen weiter zuzusprechen!

Selbst wenn es eine neue Grippewelle gibt, dann wird es z.B. COVID 20 sein und der Impfstoff von COVID 19 wird da nicht helfen. Das bestehende Epidemie Gesetz reicht völlig aus mit der nächsten Grippe fertig zu werden. Es braucht kein dringliches Bundesgesetz, die das Notrecht und damit die unkontrollierte Macht des Bundesrates fortsetzt! Schon heute sehen wir, dass der Bundesrat seine Befugnisse überschritten hat. Mindestens das Gebot der „Verhältnismässigkeit“ hat er verfassungswidrig erheblich überschritten.

Die Umwandlung des Notrechts in ein „dringliches“ Bundesrecht ist unnötig und verlängert das Zwangsregime mindestens um weitere zwei Jahre. Ein Referendum dagegen hätte keine aufschiebende Wirkung, weil es „dringlich“ ist. Es war schon immer gefährlich einer kleinen Gruppe zu viel Macht zu geben. Z.B. nach dem 2. Weltkrieg brauchte es sieben Volksinitiativen und sieben Jahre, bis das Notrecht endlich aufgehoben wurde.

Jeder Tag der Fortführung von einschränkenden Vorschriften macht die Bevölkerung mehr skeptisch, da einfach Zahlen offiziell falsch interpretiert werden und die Kranken und Toten fehlen. Die Medienpropaganda zur angeblichen zweiten Welle und die Verunglimpfung der Skeptiker verunsichert nun die Menschen. Ein immer grösser werdender Teil der Bevölkerung glaubt den «Hofmedien» nicht mehr. Die Gefahr einer Spaltung in der Gesellschaft wird immer grösser, da ein offener Dialog über die wirklichen Verhältnisse einfach fehlt. Wir bedauern auch sehr das Fehlen eines offenen und parteiunabhängigen Dialogs im Bundeshaus. Die Grundlage und die Säulen unserer Demokratie werden jeden Tag mehr beschädigt. Die Annahme des dringlichen Bundesgesetzes würde den Schaden enorm vergrössern. Wir wollen zurück zur direkten Demokratie, um damit weiterhin ein demokratisches Vorbild für die Welt sein zu können.

Wir halten den eingebrachten Gesetzesentwurf für unnötig, verfassungswidrig, unsozial, existenzbedrohend, und machtanmassend. Darum lehnen wir ihn mit Nachdruck ab und bitten die Bundesversammlung, dem Bundesrat dazu zu verhelfen, wieder zurück zu finden zu seiner grundsätzlichen Aufgabe im Sinne der Gewaltenteilung (Legislative, Exekutive und Judikative).

Mit sorgenden Grüssen!

Isabelle Goumaz Burka

Werner Boxler

Uwe Burka

\*Am Pfingstsonntag 2020 trafen sich friedlich Vertreter der 26 Kantone auf der Rütli-Wiese, um in einer Zeremonie gemeinsam die Präambel der Bundesverfassung in vier Sprachen zu lesen und zu geloben, dass wir diese Verfassung wieder zu ihrem vollen Recht verhelfen. Die Gruppe bestand aus freien Bürgern, die sich ohne politische, religiöse oder sonstige Vereinigungen zusammenfand.

Die Zusammenkunft wurde heimlich von einem kleinen Komitee organisiert, damit sie nicht von der Polizei gestört wird. Die Wochen davor hat nämlich die Polizei, überall in der Schweiz, Gruppen und einzelne Menschen immer wieder davon abgehalten sich friedlich für die Bundesverfassung einzusetzen, zum Teil mit Verhaftungen und Gewaltanwendung. Das Recht der freien Meinungsäusserung wurde massiv und rechtswidrig behindert.

Die Zeremonie an diesem wunderschönen Ort haben wir gefilmt, inklusive ein paar klärenden Interviews. Der 11 Min. Film zirkuliert nun auf verschiedenen Kanälen sehr viel in drei Sprachen über die ganze Schweiz und hilft die Bürger über den Verfassungsbruch aufzuklären. Hier sind die Links zu dem stimmungsvollen Film:

Deutsch: <https://vimeo.com/428184663>

Français: <https://vimeo.com/428185131>

Italienisch: <https://vimeo.com/428184874>